

26. November 2011, Neue Zürcher Zeitung

Helvetisches Murren bei verordneten Namen

Hitzige Diskussionen und eigentliche Glaubenskriege um Adressänderungen



So offensichtlich, dass eine Diskussion um den Namen hier ausblieb:

Wegbezeichnung unmittelbar am Gipfel des Rigi. (Bild: Karin Hofer / NZZ)

Alles hat Namen, doch wer bestimmt sie? Wenn das Volk bei Orts- und Strassennamen zu wenig mitreden kann, droht den Behörden Ärger. Erkundungen und Beobachtungen zu einem sehr emotionalen Thema.

Matthias Böhni

Christian Nänny rollt eine grosse Karte aus, die das Gebiet der Gemeinde Bühler zeigt. Flurnamen sind rot durchgestrichen, neue Strassennamen eingezeichnet, neu benannte Strassenzüge mit Leuchtstift markiert. Man sieht den inneren Bereich mit Dorf, Kirche, Bahnhof und den äusseren mit Wiesen und Wäldern. Was Heiner Geissler bei «Stuttgart 21» war, das ist Nänny beim Strassennamen-Konflikt in Bühler. Er präsidiert eine siebenköpfige, nach Interessenlagen austarierte Kommission, die neue Vorschläge zur «Revision der Adressierung» entwickeln soll. Er bringt mit sanftem Druck zwei Lager zum Dialog. Nänny, in Bühler aufgewachsen, Ingenieur und Oberrichter am Obergericht Appenzell Ausserrhoden, hat das Format für den delikaten Job. Und so, wie er es geplant hat – ohne Zeitlimite, mit zwei Vernehmlassungen, vielen Sitzungen und noch mehr Einzelgesprächen –, wird er Erfolg haben.

«Gemeinderat als <Bölima>»

«Viele Leute störten sich am Begriff <Strasse>, also lassen wir ihn bei einigen Namen weg», erzählt Nänny aus der Arbeit der Kommission, «aus der Hinterdorfstrasse wird folglich Hinterdorf.» Im Sitzungszimmer im vierten Stock des Gemeindehauses, einer ehemaligen Fabrikantenvilla, nennt Nänny zusammen mit Gemeindepräsidentin Inge Schmid die Dinge beim Namen. Schmid hat allem Anschein nach den Humor nicht verloren, obwohl in Bühler der Namensstreit etwas aus dem Ruder gelaufen ist, um es vorsichtig auszudrücken. «Der Gemeinderat wollte es korrekt machen, hat aber die emotionale Seite des Themas unterschätzt», sagt sie, die ausserhalb des Gemeindehauses Bäuerin ist. Man habe sich in Nachbargemeinden erkundigt und vor drei Jahren die Bevölkerung um Mitwirkung gebeten. Es habe sich niemand gemeldet. Dann machte man halt vorwärts.

Das Fuder sei vermutlich auch überladen gewesen, weil man das gesamte Gemeindegebiet einheitlich adressieren wollte – im Gegensatz zur Nachbargemeinde Trogen, die sich auf den inneren Bereich beschränkte. «Ihr habt auf der Überholspur begonnen und seid auf dem Pannenstreifen gelandet», kommentiert Nänny. Der Bühlerer Namensstreit ist kompliziert, ein juristisches Pingpong mit Anwälten und Gerichten, und Nänny und Schmid korrigieren sich manchmal gegenseitig, wenn die Rede auf Fristen, Rekurse, Beschwerden und Petitionen kommt.

Es gehe eigentlich zur Hauptsache darum, Vertrauen zu schaffen und die Atmosphäre zu entgiften. «Wir mussten jemand Externen beiziehen, damit man endlich wieder anständig miteinander umgeht. Der Gemeinderat war sowieso der <Bölima>, man hörte uns gar nicht mehr zu», so Inge Schmid. Er habe keine Flurnamen abschaffen wollen, diese seien in einer dritten Adresszeile immer noch verwendbar gewesen. «Aber das kam nicht mehr durch.»

«Änderungen, Emotionen»

Das Beispiel Bühler zeigt: Mit Namen ist nur beschränkt zu spassen. Namen zeigen versteckt oder überdeutlich, wer gerade an der Macht ist. «Die Änderung von Namen kann bei der Bevölkerung grosse Emotionen auslösen», steht in den «Empfehlungen zur Schreibweise der Gemeinde- und Ortsnamen», herausgegeben von den Bundesämtern für Landestopografie, Verkehr und Statistik. Wer über Namen bestimmt, kann auf Sprache und Denken einwirken. In der Stadt Zürich heissen beispielsweise etliche Strassen und Wege nach Sozialistinnen, ersten Ärztinnen und anderen Pionierinnen – eine Frucht der rot-grün regierten Stadt.

Doch auch Namen müssen hin und wieder angepasst werden. Bei Fusionen gibt es Verdoppelungen, die zu tilgen sind. Besucher und Post wollen präzise ankommen, auch die Ambulanz sollte ihr Ziel erreichen – in Bühler hat sie es offenbar mehrere Male

nicht gefunden, zum Glück ohne ernste Folgen. Zudem verlangt ein Bundesgesetz von 2006, dass jedem Bewohner der Schweiz eine eindeutige Adresse zugeordnet wird. Zwei Jahre später hat sich auch noch der Bundesrat mit der «Verordnung über die geografischen Namen» einen Namen gemacht. Dort verlangt er, dass in jedem Kanton Nomenklaturkommissionen eingesetzt werden (die bereits vorher existiert haben). In Artikel 25, Absatz 1, heisst es: «Alle Strassen in Ortschaften und anderen bewohnten Siedlungen werden benannt.»

«Politikum ersten Ranges»

Bereits Guillaume-Henri Dufour, Schöpfer der Dufourkarte, machte mit der helvetischen Nomenklatur seine Erfahrungen. Nachdem die ersten Blätter ab 1845 publiziert worden waren, begann eine Diskussion um die korrekte Angabe von Orts- und Flurnamen, nachzulesen in «Topografien der Nation» von David Gugerli und Daniel Speich. Die Einführung offizieller Namen erwies sich als «Politikum ersten Ranges und Quelle ständiger Sorge» für Dufour, zumal die Dufourkarte «unmittelbar als Benennungsbefehl der eidgenössischen Behörden» verstanden wurde. So war bald klar, dass die lokalen Behörden die Namen bestimmen mussten und nicht ein Amt in Bern.

Aber auch das erwies sich als schwierig. In Zürich wurde 1848 eine Fachkommission eingesetzt, die 3600 Namen klären sollte. «Die Kommission löste sich jedoch bereits wenige Monate nach ihrer hoffnungsvollen ersten Sitzung in aller Stille auf, denn auf der Suche nach den <richtigen> Namen war den Experten die Grundlagensicherheit darüber abhanden gekommen, was überhaupt richtig war.» Kartografen, Staatsbeamte und Sprachforscher hätten sich gegenseitig blockiert. Wie man Namen «richtig» schreibt, wurde erst mit einem Bundesratsbeschluss von 1902 anlässlich der ersten Schulkarte geregelt.

Ob Gemeinde Bühler oder Dufourkarte: In der föderalistischen Schweiz gehört es offenbar zum demokratischen Alltag, gegen «von oben herab» veränderte Namen zu murren. In Luzern wehrte man sich dagegen, dass eine Strasse nach der Fusion mit Littau neu «Grünhalde» heissen sollte, was eine Anwohnerin an «Grünabfuhrhalde» erinnerte. Die Strasse heisst jetzt «Sternau». Im Thurgau ersetzte das Amt für Geoinformation über 30 Jahre lang hochsprachliche Namen durch mundartliche, aus «Rotbühl» wurde «Roopel». Die Bevölkerung wollte davon aber nichts wissen, und das Ganze wurde kürzlich rückgängig gemacht.

«Seltsam, intransparent»

Auch im fusionierten Glarus Süd, genauer im Sernftal, wurden 2010 neue Strassennamen eingeführt, Flurnamen wie «Müsli», «Krauch» oder «Speichenhoschet» hatten postalisch ausgedient. Dafür gab es neu in Elm einen «Vreni-Schneider-Weg». «Gegen eine Nummerierung hatte niemand etwas einzuwenden», sagt dazu Rolf Stöckli

aus Engi im Sernftal. Er ist Informatiker und im Vorstand des Ortsgeschichtsvereins. «Die Gemeinde hat in drei, vier Tagen die neuen Namen aus dem Boden gestampft, eine seltsame, intransparente Aktion.» Nach Protesten rief sie drei Arbeitsgruppen ins Leben, in einer war Stöckli. Pläne wurden erstellt, Orte und Strassen benannt und auf einer Webseite farblich markiert. «Wir haben nicht nichts erreicht», sagt er etwas ernüchtert, «aber Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis.» Stöckli hatte auch Kontakt mit Petitionären aus Bühler. Er riet davon ab, einen Anwalt wegen der Umadressierung zu nehmen.

«Streit um des Kaisers Bart»

Thomas Hefti, Gemeindepräsident von Glarus Süd, räumt ein, dass die Einführung der neuen Strassennamen im Sernftal kein Glanzstück gewesen sei. «Während in anderen Gemeinden die Neuadressierung vor der Fusion gründlich und ruhig vorgenommen wurde, stand man bei Matt, Engi und Elm nach der Fusion unter starkem Zeitdruck.» Nach Protesten aus der Bevölkerung setzte man die Arbeitsgruppen ein, «aber man konnte nicht mehr alles ändern». Die Post und die verantwortliche Stelle für die Vermessung haben Druck ausgeübt, damit möglichst wenig geändert wird. Dass Namen heikel sind, weiss Hefti übrigens von seinen Eltern: «Ende der 1950er Jahre wurden in Schwanden Strassennamen eingeführt. Es war eine turbulente Zeit.»

Der aus Leipzig stammende Kartografie-Ingenieur Stefan Neudeck arbeitet seit über acht Jahren beim Bundesamt für Landestopografie (Swisstopo) und ist seit über drei Jahren in der Geodaten-Beschaffung tätig. Das Thema Namen ist ihm nicht unbekannt, jedenfalls erzählt er unterhaltsam vom «Namengut» auf der Landeskarte. «Was als richtiger Name gilt, das entscheiden die lokalen Behörden, wir übernehmen diese dann in unsere Produkte», bestätigt er die Lehren aus der Dufour-Zeit. Swisstopo erhalte regelmässig Meldungen aus der Bevölkerung, dass Namen nicht stimmten. «Immer wieder melden sich auch Personen, die ein bestimmtes Gebäude auf der Karte vermissen oder den Verlauf eines Weges beanstanden.» Beachtliche 200 Meldungen dieser Art gehen ungefähr pro Monat ein. Oft werde Swisstopo auch zu Strassennamen befragt, aber damit habe man nichts zu tun, da weder die Landeskarten noch andere Produkte von Swisstopo solche Namen führen.

«Auch andere Aufgaben»

Doch zurück nach Bühler. Gemeindepräsidentin Schmid und Kommissionspräsident Nänny sinnieren im Sitzungszimmer, wann und wo dieser Streit «um den Kaisers Bart», wie es Nänny nennt, eigentlich begonnen hat. Man habe mündlich, auf der Homepage, im Schaukasten und mit Inseraten informiert, was offenbar nicht ausreichte. Als Folge des Namensstreits verteilt die Gemeinde neu monatlich ein Infoblatt an alle Haushalte. Ein einziger Satz vom 16. Oktober 2009 hatte zudem ungeahnte Folgen: In einer Medienmitteilung schrieb der Gemeinderat, es gebe keine Einsprachemöglichkeit gegen

die neue Adressierung. Der Satz sei zwar juristisch korrekt und man habe mit offenen Karten spielen wollen, sagt Inge Schmid. Er sei der widerspenstigen Appenzeller-Seele aber definitiv in den falschen Hals geraten, so Nänny.

In der Folge wurde eine Petition gegen die «Revision der Gebäudeadressierung» eingereicht, die das Projekt als Ganzes «chübeln» wollte und von rund zehn Prozent der Bevölkerung unterschrieben worden war – «zwei Jahre Arbeit wären umsonst gewesen», so Schmid. Um die Flur- und Strassennamen wurde ein eigentlicher Glaubenskrieg geführt, man hörte einander nicht mehr zu. Nänny zeigt zwei Strassenschilder, eines in Blau, eines in Braun, die nach Abschluss der Mediation, vermutlich vor Ende 2012, umgespritzt werden.

Was der Namensstreit gekostet hat, kann erst dann beziffert werden. Immerhin scheint er sich nun auf ein gutes Ende zuzubewegen. «Wir hätten eigentlich auch noch andere interessante Aufgaben», meint die Gemeindepräsidentin nachdenklich.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/helvetisches_murren_bei_verordnete_n_namen_1.13422960.html